

## Freie Wähler fordern Ende des „Nötigungskarussells“ im Rettungsdienst und beantragen Ausnahme für Minderjährige



Der Rettungsdienst Märkisch-Oderland befindet sich seit längerer Zeit im Streit mit den Krankenkassen über die Angemessenheit der abrechenbaren Kosten für Rettungsfahrten. Die Krankenkassen halten die festgelegten Kosten des Rettungsdienstes für überhöht und zahlen nur noch Kosten, die etwa 200 EUR unterhalb der Forderungen liegen. Für Leerfahrten zahlen die Kassen aktuell gar keine Kostenerstattungen.

Die entsprechenden Kalkulationen legen die Kassen aber aufgrund einer obskuren Urheberrechtsforderung nicht offen. Der Streit ist nunmehr eskaliert. Neben Leerfahrten müssen ab sofort alle Patienten einen Anteil von knapp 200 EUR für die Rettungsfahrt selbst zahlen und bei ihrer Kasse ersetzt verlangen. Es gab bereits erste Berichte, nach denen einzelne verunfallte Patienten die Anrufung des Rettungsdienstes ablehnten.

Die **Fraktion BVB / Freie Wähler und UfW Pro Strausberg** im Kreistag sieht diese Entwicklung äußerst kritisch. Dass öffentliche Einrichtungen ihren Kostenstreit auf dem Rücken der Bürger ausfechten, ist ein Novum in der jüngeren Geschichte und niemandem mehr zu vermitteln. Richtig dramatisch wird es, wenn mögliche Patienten oder Ersthelfer aus Angst vor den Kosten auf den Anruf des Rettungsdienstes verzichten und Folgeschäden oder Schlimmeres dadurch verursacht werden. Die Gefahr besteht insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, die die Kosten ganz anders wahrnehmen als Erwachsene und aus Unerfahrenheit Notsituationen falsch einschätzen können. Daher fordert die Fraktion **BVB / Freie Wähler und UfW pro Strausberg** im Kreistag per Antrag die sofortige Einstellung der Praxis sobald Minderjährige als Patient oder Anrufer beteiligt sind.

*„Dass es offenbar kein Verfahren gibt, welches Streitigkeiten zwischen öffentlichen Einrichtungen zu schlichten hilft, ohne dass Bürger in Zwangslagen versetzt werden, ist unerhört“, findet Rico Obenauf (Fraktionsvorsitzender der Fraktion BVB / FREIE WÄHLER + UfW Strausberg) deutliche Worte, „die Krankenkassen erpressen die Rettungsdienste, die Rettungsdienste erpressen die Patienten, damit diese wiederum die Krankenkassen erpressen. Dieses Nötigungskarussell muss umgehend aufhören. Sowas nennt man im Film Mexican Stand-Off, sowas darf aber gern in Hollywood bleiben. Hier ist die Situation einfach zu ernst. Während es bei Krankenkassen und Rettungsdiensten nur um Geld geht, geht es bei den Patienten mitunter **um Leben und Tod.**“*

Die Unfähigkeit der gesetzlichen Kassen und Behörden, hier schnell und fair einen Ausgleich zu schaffen, sei ein Armutszeugnis für die Beteiligten, aber auch für den Landesgesetzgeber der hier umgehend handeln und eine rechtliche Lösung finden muss.

Interessant für **Obenauf** ist insbesondere die Ursache für den Streit: *„Dass die Krankenkassen die mathematische Berechnung zur Verschlussache erklären, ist schon ein Stück aus dem Tollhaus. Das Land muss hier unbedingt eingreifen und einen Mechanismus schaffen, der diesen Streit löst und ähnliche Auseinandersetzung zukünftig verhindert. Offen, ehrlich, zielgerichtet und ohne geheime Rechenpielereien. So erwarte ich es vom Bürger genauso wie vom Landkreis UND den Krankenkassen. Bis dahin sind wenigstens die Kinder aus der Schusslinie zu nehmen.“*

Auch der stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Constantin Schütze (BVB / FREIE WÄHLER + UfW Strausberg)**, zugleich ehrenamtlicher Bürgermeister und Feuerwehrtruppführer der Gemeinde Vierlinden, ist erschüttert: *„Wir erklären den Kindern in der Jugendfeuerwehr, dass sie immer helfen und den Notruf lieber einmal zu viel als einmal zu wenig rufen sollen. Die Ankündigung des Rettungsdienstes, in jedem Fall 200 EUR zu fordern, läuft dem unmittelbar zuwider und wird unvermeidbar gefährliche Zweifel an der Notwendigkeit des Einsatzes wecken. Der dadurch angerichtete Schaden kann möglicherweise noch weit nach der Lösung des Konflikts nachwirken.“*

**PM – 20.03.2025**